Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 47 (1967-1968)

Heft: 1

Artikel: Ist unsere Demokratie in der modernen Wohlstandsgesellschaft noch lebensfähig?

Autor: Wanner, Fritz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161977

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ist unsere Demokratie in der modernen Wohlstandsgesellschaft noch lebensfähig?

FRITZ WANNER

Vorbemerkung

Wir werfen eine schwerwiegende Frage auf. Sie ist nicht neu, beschäftigt aber Herz und Verstand des Bürgers seit der Mirage-Diskussion und der Auseinandersetzung über die Konjunkturdämpfung stärker als je. Im gleichen Sinn wären wohl auch gewisse Begleiterscheinungen bei den letzten Bundesratsersatzwahlen mit dem Ruf nach der Volkswahl des Bundesrates zu deuten. Dazu gehört ferner die scharfe Kritik an unserer Neutralitätspolitik und die Diskussion über einen eventuellen Beitritt zur UNO.

Es ist deshalb sicher kein Zufall, daß gerade jetzt ein neuer Anlauf für die Totalrevision der Bundesverfassung gestartet wird, der im Parlament selber seinen Ursprung hat, also keineswegs nur als Gedankenblitz einiger «Nonkonformisten», streitbarer Professoren oder ehrgeiziger Studenten zu betrachten ist. Von einem *helvetischen Malaise* zu sprechen und das böse Wort vom Versagen unserer Demokratie, unserer Parteien, unserer Presse, zu verbreiten, erscheint mir aber übertrieben. Damit soll nicht bestritten werden, daß eine echte Sorge um die Funktionstüchtigkeit unserer staatlichen Apparatur heute zweifellos in weiten Kreisen unseres Volkes vorhanden ist und sich mit ihr auch der nicht in politischen Parteien organisierte Bürger zu befassen beginnt. Man darf allerdings eine solche sich überraschend abzeichnende Diskussionsbereitschaft um die Grundfragen unserer staatlichen Willensbildung nicht überschätzen. Es sei nur an frühere Anläufe für eine Totalrevision der Bundesverfassung erinnert, die sich als Strohfeuer erwiesen und die alte Erfahrung bestätigen, daß unseren politischen und staatlichen Institutionen eine immer wieder unterschätzte Lebenskraft innewohnt. Die neuen und oft noch recht unausgegoren anmutenden Ideen bedürfen also wohl eines länger dauernden Klärungs- und Reinigungsprozesses, um so stoßkräftig zu sein, daß sie auch den Fährnissen einer Volksabstimmung gewachsen sind.

Analyse der gegenwärtigen Situation

Hier soll zunächst in ganz groben Strichen das Bild unserer Wohlstandsgesellschaft skizziert und die Frage geprüft werden, inwieweit sich durch den modernen Lebensstil *die Voraussetzungen für den Typus der direkten Demokratie nach bis-*

heriger schweizerischer Praxis geändert haben. Eine schonungslose Erstellung dieser Ausgangslage ist meines Erachtens von größter Bedeutung. Es braucht dazu viel Mut. Meines Erachtens ist es nicht so sicher, ob wir heute schon in der Lage sind, die Auswirkungen des modernen Lebensstiles auf die unmittelbare und fortgesetzt erwartete Mitwirkung des Bürgers am Staat in allen Konsequenzen zu erkennen. Denn so paradox es erscheinen mag: Der moderne Mensch verfügt zwar über viel mehr Freizeit, steht dafür aber einem ungeheuren Angebot von Ablenkung, Freizeitbeschäftigungen und Hobbies gegenüber. Es genügt, hier auf die Stichworte Sport, Auto, Auslandsreisen, Film, Fernsehen, Radio, illustrierte Unterhaltungspresse hinzuweisen. Ich wage deshalb die Behauptung, daß mit den höheren Ansprüchen an das Leben, mit dem größeren Komfort, mit dem fast grenzenlosen Angebot der Freizeit-Industrie der Wille zur Mitarbeit am Staat nicht Schritt hält, ja, daß von dieser Seite betrachtet, *deutlich ein Erlahmen des Interesses an den öffentlichen Angelegenheiten festzustellen ist.*

In der gleichen Richtung wirkt sich zweifellos auch die Entwicklung von Technik und Wirtschaft aus, wie sie mit den Stichworten Automation, Rationalisierung, Spezialisierung, Mechanisierung angedeutet sei. Dieser immer weitergehende Industrialisierungsprozeß verwischt zwar die Grenzen zwischen Arbeiter und Angestellten, zwischen Büro und Fabrik und führt deshalb vielleicht zu einer Verkleinerung der sozialen Gegensätze. Mit ihm verbunden ist aber eine Spezialisierung aller Berufsarten und menschlichen Tätigkeiten, die das Denken und Verstehen der großen Zusammenhänge und den Gesamtüberblick eher zu erschweren erscheint. Zur Analyse gehört nun aber auch *der Problemkreis Parlament, Regierung und Verwaltung*, wobei die Frage von entscheidender Bedeutung ist, ob ein Milizparlament seine Rolle als Gesetzgeber und als Gegengewicht gegen eine dem Bürger oft als übermächtig erscheinende Verwaltung mit Tausenden von Fachleuten und Wissenschaftern zu spielen vermag. Ist die Vorstellung des Milizparlamentes angesichts seiner heutigen Zusammensetzung und des starken Einflusses der Verbandssekretäre und Berufspolitiker aller Art überhaupt nicht bereits überholt? Ist nicht der Parlamentarier, der in Bern kein Mandat und keine Interessenvertretung irgend einer Art auszuüben hat, der also seine Entscheide in völliger Freiheit und Unabhängigkeit treffen kann, bereits am Aussterben? Mit dieser Frage der Unabhängigkeit der einzelnen Parlamentarier von Partei, Verband, Gewerkschaften, Migros etc. im Zusammenhang steht auch das Problem der Entschädigung. Soll es sich nur um die Ersetzung der Auslagen, oder um einen eigentlichen Lohn für eine berufliche Tätigkeit handeln? Bis jetzt wurde in der Schweiz die Tätigkeit in Behörden und Parlamenten, angefangen vom Gemeinderat, Stadtrat, Kantonsrat bis zu den eidgenössischen Vertretungen mehr oder weniger als Ehrenamt und Bürgerpflicht aufgefaßt. Heute hört man immer wieder von Fällen, in denen es sich als unmöglich erweist, geeignete Persönlichkeiten für die Behördenarbeit zu gewinnen und ganz sicher müssen wir uns von der Fiktion befreien, daß sich zu diesen «Ehrenämtern» nur die Besten und Geeignetsten drängen.

Das hängt nun zweifellos mit dem *Parteiwesen* zusammen, dem man zwar bei uns nicht Korruption nachsagen kann, das aber doch viele Bürger, namentlich die geistige Elite unseres Landes, keineswegs zu begeistern vermag. Gewiß spielen dabei auch viele eingewurzelte Vorurteile eine Rolle. Aber wir würden uns einer groben Täuschung hingeben, wollten wir nicht ein gewisses Desinteressement, das oft mehr ist als bloße Passivität, als Tatsache anerkennen. Die direkte Demokratie nach schweizerischem Muster, die Behörden und Regierung im kleinen und im großen oft zu *reinen Vollstreckungsorganen stempelt*, stellt für die geistige Elite — ich verwende dieses Wort auf die Gefahr hin, daß es leicht zu Mißverständnissen Anlaß gibt — keine besondere Anziehungskraft dar. *Referendum und Initiative* gelten zwar als Prunkstücke unserer helvetischen Demokratie; dazu gehört aber auch eine *freie Presse*, die der Regierung, wo immer es ihr gefällt, in den Arm fallen darf. Zweifellos hat aber ein allzuweit getriebener *Ausbau der Volksrechte* und einer *Presse*, die im Einzelfall sich vielleicht stärker als die Regierung erweist, auch ihre negativen Auswirkungen. Hier bilden besonders auch die *Massenmedien* eine Gefahr. Wer ihre Klaviatur beherrscht, bleibt der unsichtbare Drahtzieher am staatlichen Apparat, und zu ihm gehören längst nicht nur die politischen Parteien, sondern auch reine Interessengruppen, die ihre Ziele durch moderne Public-Relations-Büros zu erreichen versuchen. Diese fast unsichtbare Manipulierung der Volksmeinung aus dem Verborgenen und durch unbekannte Auftraggeber — neuerdings wird sogar Militärpolitik auf diesem Weg gemacht — stellt für unsere Demokratie zweifellos ein neues Problem dar. Es gibt heute schon Public-Relations-Büros, die einen größeren Mitarbeiterstab von Redaktoren, Psychologen, Soziologen, Grafikern und Werbekünstlern aufweisen, als die größten Zeitungen des Landes. Das Vorhandensein solcher Meinungsfabriken — auch ein Ausdruck unseres technischen Zeitalters — bringt auf jeden Fall für die politische Willensbildung in der direkten Demokratie neue Probleme mit sich.

Diskussionspunkte

Der neue Lebensstil in der modernen Wohlstandsgesellschaft verlangt ein Überdenken unserer politischen Institutionen und Einrichtungen. Ein *Zuviel an Demokratie und politischer Selbstbestimmung* in Gemeinde, Kanton und Bund bringt die Gefahr mit sich, daß ein immer größerer Teil von Passivbürgern von einem immer kleineren Teil von Aktivbürgern beherrscht wird. Die sinkende Stimmbeteiligung namentlich bei Gemeinde-Abstimmungen, aber auch bei Lehrer- und Richterwahlen, um nur diese beiden Beispiele zu nennen, zeigt, daß daß sich hier Reformen aufdrängen. Es müssen neue Wege einer besseren Information, womöglich in der Form eines Gespräches zwischen Regierung und Souverän, gesucht werden, und der Souverän sollte nur noch für Grundsatz-Entscheide und nicht für Bagatellen in Bewegung gesetzt werden. Die moderne Demokratie wird zweifellos überfordert, wenn der Bürger zu oft an die Urne

gerufen wird und wenn er über komplizierte Sachfragen zu entscheiden hat. Eine Rationalisierung der Abstimmungsprozedur allein genügt jedoch nicht. Es müssen meines Erachtens auch die *Kompetenzordnungen (vor allem sollten die Finanzkompetenzen in den Gemeinden erhöht werden) zwischen Regierung* (Verwaltung), *Parlament und Souverän* geändert werden mit dem Ziel, den Bürger neben den Wahlen nur noch zu politischen Grundsatzentscheiden aufzurufen. Im ganzen genommen scheint mir eine gewisse Rückbildung der direkten Demokratie nötig zu sein, weil doch gewisse Entartungs-Erscheinungen nicht zu übersehen sind. Wird das Frauenstimmrecht bejaht, so drängt sich eine solche Anpassung noch mehr auf. Ja, mir scheint die Opposition vieler recht denkender und politisch kluger Frauen gegen das Frauenstimmrecht habe ihren Grund sogar in dem übersetzten Abstimmungsbetrieb unseres Männerstaates. Wir brauchen damit nicht die *repräsentative Demokratie* zum Vorbild zu nehmen und das Kind mit dem Bad auszuschütten. Im Kleinstaat wäre die repräsentative Demokratie ein Rückschritt, weil hier am ehesten die Chance besteht, den Gedanken der Willens- und Schicksalsgemeinschaft eines Volkes zu verwirklichen. Damit aber Leitbild und Wirklichkeit nicht allzu weit auseinander klaffen, müssen für die aktive Mitwirkung des Bürgers Wege gefunden werden, die ihm wieder vermehrt das Gefühl geben, die großen Linien der staatlichen Politik selber zu bestimmen und nicht im demokratischen Alltag überfordert zu werden.

Ein noch größeres Problem stellt wohl die Rationalisierung der *Willensbildung in unseren Parlamenten* dar. Hier hat der Außenstehende oft den Eindruck eines ungeheuren Kräfteverschleißes am falschen Ort und in der falschen Besetzung. Auch das Parlament hat heute viele Sachfragen zu entscheiden, die weit in die Verwaltung und in die Domäne der Sachverständigen hineinreichen. Denken wir nur an die Atomfrage, an viele militärtechnische Fragen, wie Entscheide über Flugzeugtypen, über Waffensysteme, über Ausbildungszeiten, aber auch die Frage der richtigen Wissenschaftspolitik, der Konjunkturpolitik etc. Gewiß, es ist ein heißes Eisen, einer Kompetenzverschiebung zu Gunsten der Sachverständigen in Finanz, Wirtschaft, Armee und Wissenschaft das Wort zu reden. Aber wäre die Schaffung eines Wirtschaftsrates, eines zivilen und militärischen Landesverteidigungsrates, eines Wissenschaftsrates mit dem Ziel einer Entlastung des Parlamentes von allzu schwierigen Sachfragen wirklich ein Landesunglück? Zeigt nicht die Verlagerung der Gesetzesvorbereitung in die parlamentarischen Kommissionen und die Bedeutung des ganzen sogenannten vorparlamentarischen Verfahrens, daß der Beizug von Sachverständigen und Experten sich immer mehr aufdrängt? Auch der Ruf nach wissenschaftlichen Dokumentations-Zentralen der Fraktionen, der zwar die Gefahr der Papierflut vergrößern wird und zu einer weiteren Aufblähung der Bundeshaus-Apparatur führen wird, scheint mir in diese Richtung zu weisen.

In ähnlicher Weise drängen sich meines Erachtens auch *Reformen für den Bundesrat*, überhaupt für die Regierungstätigkeit auf jeder Stufe auf. Sie kommen

am besten im Schlagwort zum Ausdruck, der Bundesrat *sollte mehr regieren* und weniger verwalten (und vielleicht etwas weniger repräsentieren). Es ist einer ernsten Prüfung wert, ob nicht das *militärische Stabschef-System* sich auch für die oberste Landesregierung verwenden läßt. Die Figur des Stabschefs ist eine wundervolle Erfindung zur Entlastung der militärischen Chefs, damit er seine Entscheidungen in olympischer Ruhe und abseits vom administrativen Getriebe eines großen Stabes treffen kann. Ob der Bundeskanzler und die Departementssekretäre den Titel eines Stabschefs oder eines Unterstaatssekretärs tragen, ist völlig gleichgültig: Wichtig bleibt allein, daß man die Bundesräte von allem Unwichtigen und Nebensächlichen entlastet, daß sie nicht gleichzeitig einen riesigen Verwaltungsapparat führen und im Parlament jede kleine Anfrage selbst beantworten müssen. Bevor man an eine Vermehrung der Zahl der Bundesrats-Ressorts denkt, sollten einmal alle Entlastungsmöglichkeiten durch einen Vergleich mit der Arbeitsweise in den hohen Stäben der Wirtschaft und der Armee untersucht werden.

Ich denke allerdings in diesem Zusammenhang nicht an eine Preisgabe des *vielgelästerten Kollegialsystems*. Dieses ist ein Bestandteil unseres demokratischen Regierungssystems, ob nun die Zauberformel 2 + 2 + 2 + 1 angewendet wird oder das Parteienverhältnis eine andere Koalitionsformel nötig macht. Gewiß schreckt das Kollegial-System einzelne wertvolle Persönlichkeiten ab, weil es dem Geltungsdrang des Einzelnen Schranken setzt. Es gab aber immer und zu jeder Zeit politische Führernaturen in unserem Bundesrat, die sich trotz dieser Schwierigkeiten durchzusetzen vermochten. Das Kollegialsystem ist meines Erachtens ein Eckpfeiler unseres Regierungssystems und unseres Parteienstaates. Hier hört meines Erachtens jeder Vergleich mit der Willensbildung in der Armee und der Wirtschaft auf. Jedoch scheint uns der Vorschlag eines «Nichtangriffspaktes» unter den Bundesratsparteien ein unmöglicher Vorschlag zu sein, da er dem Fraktionszwang rufen würde und das freie Entscheidungsrecht des einzelnen Parlamentariers allzu stark einschränken müßte.

Schlußbemerkungen

Mit den zur Diskussion gestellten Fragen soll lediglich zum Nachdenken über einige Grundvoraussetzungen für das Funktionieren der Demokratie in einer Umwelt einer fast revolutionären Entwicklung von Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Wohlstand aufgefordert werden. Es sollten aber keine fertigen Rezepte angeboten werden. Gewißheit besteht aber darüber, daß wir alle uns für die Existenz unseres Kleinstaates auf demokratischer Grundlage mit aller Kraft einsetzen wollen. Der ideologische Krieg mit seiner Aufteilung der Welt in Interessensphären, Militär- und Wirtschaftsblöcke läßt den einzigartigen Charakter unseres Kleinstaates, der jedem einzelnen Bürger ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit und Mitwirkung im Staat nehmen läßt, in hellerem Lichte als je erstrahlen.